

# Europäische Währungsunion und beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik – Abschied oder Neuanfang?

Martin Behrens  
Eckhard Hein  
Achim Truger

Obwohl die Europäische Währungsunion schon seit dem 1.1.1999 und damit seit mehr als drei Jahren Realität ist, ist ihre Existenz – verständlicherweise – erst mit der Einführung des EURO als zirkulierendes Bargeld richtig ins öffentliche Bewusstsein gelangt. Und obwohl in der gegenwärtigen öffentlichen Diskussion vor allem die Befürchtungen über makroökonomisch kaum ins Gewicht fallende, unangemessene Preiserhöhungen in der Einführungsphase dominieren, sollten doch eigentlich die makroökonomischen und hier vor allem die beschäftigungspolitischen Auswirkungen der Währungsunion im Mittelpunkt stehen. Denn trotz eines leichten Abbaus der Arbeitslosigkeit in den Ländern der Europäischen Union und der Europäischen Währungsunion zum Ende der 90er Jahre liegt die registrierte Arbeitslosigkeit mit gegenwärtig knapp 12 Mio. im Euro-Raum und über 13 Mio. in der Europäischen Union weiterhin auf hohem Niveau. Gerade nach dem deutlichen Wachstumseinbruch in 2001 und dem geringen erwarteten Wachstum für das laufende Jahr ist mit einem erneuten Anstieg der bereits sehr hohen Arbeitslosigkeit zu rechnen. Vor diesem Hintergrund hatte das WSI Herbstforum im November 2001 das Ziel, die bisherigen beschäftigungspolitischen Erfahrungen mit der Währungsunion Revue passieren zu lassen und insbesondere die Möglichkeiten einer beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik in Europa unter den neuen institutionellen Bedingungen zu diskutieren.

Das vorliegende Schwerpunktheft dokumentiert die Beiträge des WSI Herbstforums 2001, deren Sichtweise sich deutlich von der der hierzulande dominierenden Mainstreams in Wirtschaftstheorie, wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung und Wirtschaftspolitik unterscheidet. Dieser geht davon aus, dass die relativ schlechte Wachstums- und Beschäftigungsperformance Europas, und insbesondere die seiner größten Regionalökonomie Deutschland, im Wesentlichen auf verkrustete Arbeitsmarktstrukturen und auf eine geringe Anpassungsfähigkeit dieses Marktes an durch die sogenannte „Globalisierung“ veränderte Rahmenbedingungen zurückgeht. Einer solchen schlichten arbeitsmarktzentrierten Erklärung für hohe Arbeitslosigkeit setzen die im vorliegenden Schwerpunktheft dokumentierten Beiträge eine – zugegebenermaßen komplexere – gesamtwirtschaftliche Analyse entgegen. Demnach ist für einen dauerhaften Beschäftigungsaufbau insbesondere eine zwischen den gesamtwirtschaftlichen Akteuren Staat, Zentralbank und Tarifparteien koordinierte Makropolitik, d.h. eine aufeinander abgestimmte Fiskal-, Geld- und Tarifpolitik erforderlich. Gemeinsames Ziel der Beiträge ist dabei einerseits, eine Bestandsaufnahme der europäischen Wirtschaftspolitik unter gegenwärtigen insti-

tutionellen Bedingungen zu liefern sowie weiterhin existierende Handlungsspielräume für einen beschäftigungsorientierten „Policy-Mix“ auszuloten. Andererseits werden aber auch mögliche alternative institutionelle Designs diskutiert, die einer koordinierten beschäftigungsorientierten makroökonomischen Wirtschaftspolitik zuträglich sind. Denn die gegenwärtigen institutionellen Regelungen der europäischen Wirtschaftspolitik scheinen hier wenig Anlass zu großen Hoffnungen zu geben: Die EZB ist einseitig auf die Verfolgung des Ziels der Preisniveaustabilität festgelegt. Anstatt ihre Wirtschaftspolitik verstärkt zu koordinieren, besteht die Gefahr, dass die Mitgliedstaaten der EWU finanzpolitisch in Konsolidierungs- und Steuersenkungswettläufe und tarifpolitisch in Lohnsenkungswettläufe getrieben werden.

In einem ersten Beitrag widmet sich Eckhard Hein der Frage, warum eine koordinierte Makropolitik zwecks Anhebung des Beschäftigungsgrades theoretisch überhaupt erforderlich ist und welche Probleme der Umsetzung einer solchen Strategie sich in der Europäischen Währungsunion unter den gegenwärtigen institutionellen Bedingungen ergeben. Philip Arestis und Malcolm Sawyer diskutieren dann ebenfalls die Frage, ob die Wirtschaftspolitik im Euroraum unter den Bedingungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und der gegenwärtigen Verfassung der Europäischen Zentralbank überhaupt zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen kann und schlagen institutionelle Reformen vor. Dabei legen sie das Schwergewicht auf die Geldpolitik. Diese steht auch im Mittelpunkt des Beitrages von Michael Heine und Hansjörg Herr, die sich aber stärker mit den theoretischen Ungereimtheiten in der geldpolitischen Strategie der EZB sowie mit geldpolitischen Beschränkungen durch die Wechselkursentwicklung des Euro befassen. Die Möglichkeiten und Grenzen einer zwischen den Mitgliedsländern abgestimmten und mit den anderen Politikbereichen koordinierten beschäftigungsorientierten Fiskalpolitik werden von Jan Prieue thematisiert. Mit der Tarifpolitik in der EWU befassen sich zwei Beiträge. Franz Traxler gibt einen Überblick über die Entwicklung der Lohnverhandlungssysteme im Euroraum und die sich daraus ergebenden wirtschafts- und sozialpolitischen Effekte. Thorsten Schulten setzt sich mit lohnpolitischen Konzeptionen der Gewerkschaften in Europa auseinander und diskutiert die Möglichkeiten einer „solidarischen Lohnpolitik“. Im abschließenden Beitrag weist Wade Jacoby auf die sonst häufig vernachlässigten Herausforderungen für die Makropolitik hin, die sich aus der anstehenden Osterweiterung der EU ergeben.